

## Konrad Adenauers Moskaureise 1955 und die Remigration deutscher (Polit-)Emigranten aus der Sowjetunion<sup>1</sup>

Wilhelm Mensing

„ich kann mir [...] gut vorstellen, dass man alle Deutschen, die freiwillig gegangen waren oder vor den Nazis dorthin flohen, mit dem Sammelbegriff, Kommunisten‘ belegte, deren Repatriierung man lieber der DDR überlassen wollte.“ Das war die Summe der Antwort, die mir der Autor von *Adenauers Reise nach Moskau*, Werner Kilian<sup>2</sup> auf meine Frage sandte, ob Konrad Adenauer etwa auch die zur Zeit seines Besuchs noch in der Sowjetunion (SU) zurückgehaltenen deutschen Politemigranten „auf dem Zettel“ gehabt habe. In der Tat finden sich außer bei Kilian auch bei Hans-Peter Schwarz,<sup>3</sup> Josef Foschepoth,<sup>4</sup> Heike Amos<sup>5</sup> und bei den Ex-DDR-Autoren Hans Reichelt<sup>6</sup> und Gerd König<sup>7</sup> im Zusammenhang mit Adenauers Moskaureise und seinen dortigen Verhandlungen keine Spuren eines Hinweises auf das Schicksal der 1955 noch in der Sowjetunion lebenden deutschen Politemigranten und auf ihre etwaige Heimholung. Bei Karin Hartewig, die die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR abhandelt, werden die „Politemigranten in der Sowjetunion“ zwar als eigene „Erlebnisgemeinschaft“ erwähnt; die Umstände der in etlichen Fällen späten bis sehr späten Repatriierung jüdischer Politemigranten werden aber nicht behandelt.<sup>8</sup>

Bemerkenswert, wenn auch nach der thematischen Abgrenzung konsequent, ist, dass auch in der wohl eingehendsten Darstellung des Vorfalles und des schließlichen Vollzuges der Repatriierung der ehemaligen Kriegs- und Zivilgefangenen aus der Sowjetunion bei Andreas Hilger (Kriegsverurteilte) und bei Andreas Hilger/Jörg Morré (Nachkriegsverurteilte)<sup>9</sup> von den zurückgehaltenen Politemigranten nicht die Rede ist; einzelne von ihnen können sich allenfalls hinter den „Zwangsangesiedelten“ verbergen, von deren Repatriierung dort die Rede ist.

---

1 Der Autor schuldet Frau Anja Schindler und Herrn Andreas Herbst für Unterstützung bei Archivrecherchen und Herrn Bernd Rainer Barth, alle Berlin, für hilfreichen Rat und Auskünfte zu einzelnen Personen besonderen Dank.

2 Werner Kilian: *Adenauers Reise nach Moskau*, hrsgg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Freiburg 2005.

3 Hans-Peter Schwarz: Die Ära Adenauer 1949-1957, Adenauer in Moskau, in: Karl Dietrich Bracher (Hrsg.): *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd 2*, Stuttgart 1981, S. 275–278.

4 Josef Foschepoth: Adenauers Moskaureise 1955, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung*, B 22/1986, S. 30–46.

5 Heike Amos: Die Westpolitik der SED 1948/49-1961: „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999, S. 196–205.

6 Hans Reichelt: *Die deutschen Kriegsheimkehrer. Was hat die DDR für sie getan?* Berlin 2007

7 Gerd König: *Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau*, 3. A., Berlin 2012.

8 Karin Hartewig: *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*, Köln 2000, hier S. 103. Keiner der Namen der in diesem Beitrag genannten jüdischen Spät-Rückkehrer taucht in Hartewigs Namensverzeichnis auf.

9 Andreas Hilger: *Faustpfand im Kalten Krieg. Die Massenverurteilungen deutscher Kriegsgefangener 1949/50 und die Repatriierung Verurteilter 1950-1956*, in: Andreas Hilger/Ute Schmidt/Günther Wagenlehner (Hrsg.): *Sowjetische Militärtribunale Bd 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953*; und Andreas Hilger/Jörg Morré: *SMT-Verurteilte als Problem der Entstalinisierung. Die Entlassungen Tribunalverurteilter aus sowjetischer und deutscher Haft*, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner /Ute Schmidt (Hrsg.): *Sowjetische Militärtribunale Bd 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945-1955*, Köln 2003.

Schon früher war kein Gedanke an die in der Sowjetunion festgehaltenen, vielfach und oft wiederholt zu langen Lagerstrafen verurteilten Politemigranten verwendet worden, als im Dezember 1949 der Deutsche Bundestag beschloss, den Rechtsschutz für diejenigen Deutschen sicherzustellen, die in Auswirkung des Krieges im Ausland festgehalten werden. Die daraufhin im Bundesministerium der Justiz eingerichtete, später ins Auswärtige Amt umgegliederte Zentrale Rechtsschutzstelle hat sich, soweit erkennbar, niemals mit dem Rechtsschutz für deutsche Politemigranten in der Sowjetunion befasst. Dabei ist allerdings anzumerken, dass die sozialistischen Länder die Zusammenarbeit mit dieser Rechtsschutzstelle auch bei Kriegsgefangenen und verurteilten Kriegsverbrechern verweigerten.<sup>10</sup>

So ist es wenig überraschend, dass zu Adenauers Themen für die Moskauer Gespräche die Rückholung der – nach der frühen Rücksendung oder Rückkehr der für den Aufbau von Partei und Verwaltung in der sowjetischen Besatzungszone benötigten Kader und ihrer Familienmitglieder – in der SU zurückgehaltenen deutschen Politemigranten samt ihrer Angehörigen und der dort noch verbliebenen Wirtschaftsemigranten aus den 1920er und 1930er Jahren nicht gehörte. Die Reise fiel mitten in die Zeit des Kalten Krieges, des erbitterten Kampfs der Kommunisten gegen die von der Bundesregierung eben durchgesetzte Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland, des Verbotverfahrens gegen die KPD. Da lag es wohl aus der Sicht der Regierung Adenauer fern, sich Gedanken zu machen über die Repatriierung von Deutschen, die mutmaßlich alle oder jedenfalls überwiegend Kommunisten gewesen waren oder noch immer waren.

Aber nicht nur den Politemigranten in der SU wurde in der Bundesrepublik – im besten Falle – Gleichgültigkeit entgegengebracht. Auch gegenüber den „Westemigranten“ gab es eher spürbare Vorbehalte bis hin zu bössartiger Feindseligkeit. Das bekam Willy Brandt zu spüren, der als norwegischer Staatsbürger und in norwegischer Offiziersuniform aus der norwegischen Emigration nach Deutschland zurückkam: „im Troß der Sieger nicht etwa als Deutscher nach Deutschland zurück, um den ausgebluteten und leidenden Landsleuten zu helfen“ – so hielt man es ihm noch in den siebziger Jahren vor.<sup>11</sup>

Zu Thomas Manns 70. Geburtstag schrieb 1950, im Jahr nach Manns Rückkehr aus Amerika, Gerhard Nebel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, es gehe nicht an, „in Geburtstags sentimentalität zu vergessen, was uns von Thomas Mann scheidet. Er tritt uns als Exponent einer bis zur Dummheit gehenden Abneigung gegen Deutschland entgegen, und diesem Affekt, der ihn zu verzehren scheint, antworten aus dem Volk, dem er einstmals angehörte, [...] Verachtung und Wut. Dieser Schriftsteller ist eine Linse, der die Strahlen der Partisanen-Bosheit sammelt.“<sup>12</sup>

Jüdische Remigranten gab es im ersten Nachkriegsjahrzehnt nur wenige,<sup>13</sup> und die Mehrzahl von ihnen bemühte sich eher um Unauffälligkeit. Immerhin fand das historische Treffen zwischen Kanzler Konrad Adenauer und dem Israelischen Premier David Ben Gurion – der Beginn der deutschen Politik der Bemühungen um „Wiedergutmach-

---

10 Zur Geschichte der Zentralen Rechtsschutzstelle siehe Manfred Görtemaker / Christoph Safferling: Die Akte Rosenberg Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2017, S. 208–221.

11 CSU Landesleitung (Hrsg.): Rotbuch. Wer ist Willy Brandt? Wer ist Herbert Wehner? Wer ist Helmut Schmidt? München, 4. A. 1976, S. 16 und zitierte dazu Brandts in Norwegen erschienene Schrift „Forbrytere og andre Tyskere“ [*Verbrecher und andere Deutsche*]; siehe Peter Kleist: Wer ist Willy Brandt? Eine Antwort in Selbstzeugnissen, 12. A., Rosenheim 1973.

12 Zitiert nach <http://www.berliner-zeitung.de/15080768> ©2016, Juni 2017.

13 Bis 1952 wohl kaum mehr als 3 000, <http://www.bpb.de/apuz/192568/juedische-remigration-nach-1945?p=all>, Juni 2017.

chung“ – erst 1960 statt. Aktives, offenes Bemühen der Bundesregierung um die Remigration jüdischer Emigranten aus der SU konnte es unter solchen Umständen kaum geben.<sup>14</sup>

Höchst wichtig war 1955 für Adenauer – statt des Gedankens an Emigranten – die Heimholung der noch in der SU festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen, auch wenn es sich aus der Sicht der SU bei ihnen um verurteilte Kriegsverbrecher handeln mochte. Deren „Befreiung“ forderte die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland laut und nachdrücklich von ihm; das Gelingen war ein großer politischer Erfolg für ihn. Dass die Sowjetregierung durch ihre Gespräche mit der DDR-Regierung nur Tage nach Adenauers Abreise dafür sorgte, die DDR an dem Erfolg dieser Freigabe sichtbar teilhaben zu lassen, wurde im Westen kaum wahrgenommen.<sup>15</sup>

Selbst die nach dem Ende des Krieges in die SU deportierten Zivilgefangenen standen nicht in gleicher Weise im Fokus des öffentlichen Bewusstseins und wohl auch nicht in dem der Ziele der Bundesregierung, die sie mit der Moskau-Reise verband. Zwar erweiterte sich das Interesse der Bundesrepublik an der Repatriierung deutscher Staatsangehöriger und Auslandsdeutscher später auf die „Memelländer“ und auf „Vertragsumsiedler“,<sup>16</sup> wie der mit der SU 1958 abgeschlossene Konsularvertrag zeigt.<sup>17</sup> Aber auch darin blieben die Politemigranten unerwähnt; sie waren wohl auch nicht gemeint.<sup>18</sup>

Lediglich beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) sah die Bewusstseinslage etwas anders aus. Das ist recht deutlich ablesbar aus einem Brief vom 18. August 1955, den dessen Präsident Weitz vor Beginn der Moskau-Reise an den Bundesaußenminister von Brentano schrieb. Er wies auf den Fragenkreis „Zurückhaltung von Deutschen in der Sowjetunion“ hin, in dem das DRK Erfahrungen habe, und machte darauf aufmerksam, dass die Zahl der zurückgehaltenen Nicht-Soldaten erheblich größer sei als die der verurteilten Kriegsgefangenen. Weitz zeigte, dass bei den gegen ihren Willen in der SU festgehaltenen Deutschen zu differenzieren sei nach „der Begründung, die die Sowjets für ihre Zurückhaltung geben, nach der Art, wie sie behandelt werden, den Aussichten, die für ihre Freilassung bestehen.“<sup>19</sup> Auch hier gibt es also keine ausdrückliche Erwähnung der zurückgehaltenen deutschen Politemigranten. Zwar gestattet die von DRK-Präsident Weitz geforderte Differenzierung auch die Subsumierung der Politemigranten, ob man zu dieser Zeit beim DRK aber wirklich an sie gedacht hat, ob es Informationen zu einzelnen dieser Politemigranten, etwa gar Kontakt zu ihnen gab, ist auch aus diesem Brief nicht erkennbar.

14 Übrigens hatte es ungeachtet des im Übrigen – aus klaren historischen Gründen – durchaus anderen Verhältnisses der Moskauer deutschen Kommunisten zur Emigration/Remigration auch dort Bedenken gegeben gegen eine frühe Remigration jüdischer Genossen, „von deren Einsatz [...] aus bekannten Gründen vorläufig abgesehen werden muß“, BArch DY 30/IV 2/11/258 Bl. 12, Brief an Dimitroff vom 27. Juni 1945.

15 Verhandelt wurde die Rückführung der Kriegsgefangenen mit der DDR nicht; sie wurde über sowjetische Entscheidungen informiert. Noch im Januar 1956, also im Nachhinein, bat die SED-Führung die KPdSU, dass „bei solchen Fragen, wie es die Rückführung verurteilter Kriegsgefangener war, die mit Westdeutschland in Verbindung stehen, [...] vorher eine Konsultierung mit uns erfolgt.“ Zit. nach Andreas Hilger/Jörg Morré, SMT-Verurteilte als Problem der Entstalinisierung, S. 724.

16 Memelländer – die Bewohner Memels wurden 1939 zu Reichsdeutschen durch den von Hitler Litauen abgenötigten Vertrag; Vertragsumsiedler – ehemalige Sowjetbürger, die auf Grund der Verträge zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich 1939 bis 1941 umsiedelten und zu Reichsangehörigen wurden.

17 Bundesgesetzblatt Jahrgang 1959 Teil II Nr. 11, Seiten 233 ff, ausgegeben zu Bonn am 21. März 1959.

18 Siehe dazu die Entstehungsgeschichte im Spiegel vom 16. April 1958, S. 14/15.

19 Abschrift in PA AA B 1 Bd 118 Fiche 3 Bl. 177–180.

Wohl ging DRK-Präsident Weitz selbst davon aus, dass Bundeskanzler Adenauer sich mit solcher Differenzierung nicht befassen werde. Adenauer ging noch weiter: Gerade wegen der ihm bekannten, recht guten Verbindungen von Weitz in die SU lehnte er dessen Aufnahme in seine Reisedelegation ab; wie vermutet wurde, weil er sicher sein wollte, dass Weitz nicht Gelegenheit bekam, ihm „die Show zu stehlen“.

Für das Deutsche Rote Kreuz gab es durchaus die Gelegenheit, nach Ende des Zweiten Weltkrieges Informationen über deutsche Politemigranten in der SU zu bekommen, denn nicht alle von ihnen waren in die SBZ/DDR gegangen oder dort geblieben. Schon 1947 kamen zum Beispiel Karl Bargstädt, Fritz Löwenthal und das Ehepaar Plivier nach Westdeutschland. Im Sommer 1948 kam Ida Nysenbaum mit ihrer Tochter Renate aus Prokopjewsk mit Unterstützung des Roten Kreuzes ins heimische Ruhrgebiet.<sup>20</sup> Wanda Bronska-Pampuch war seit 1952 Jahren in München, Ida von Bastineller ging ein Jahr nach ihrer Rückkehr 1955 in den Westen; ihre Tochter Gertrud folgte erst 1959.<sup>21</sup> Gerade Frau Bronska-Pampuch, aber auch Karl Bargstädt hatten lange Zeit im GULag gelitten und waren bereit, diese Erfahrungen zu teilen.<sup>22</sup>

Es ist kaum vorstellbar, dass angesichts solcher Quellen und der Verbindungen des Präsidenten Weitz beim DRK Unwissen über den Personenkreis der in der SU zurückgehaltenen Politemigranten herrschte. Aber eine Recherche des DRK-Archivs brachte zu den Stichworten Emigration/Emigranten nichts ein.<sup>23</sup> Aktivitäten des DRK, sich in dieser Zeit um die Heimkehr solcher Politemigranten zu bemühen, sind – von dem Einzelfall Nysenbaum abgesehen, der in der damaligen Britischen Besatzungszone abgewickelt wurde – nicht bekannt. Es scheint so, als ob für das DRK die gleiche Grundhaltung galt, wie für die Bundesregierung: dass es der DDR und dem Roten Kreuz der DDR überlassen werden solle, sich um (kommunistische) Politemigranten zu kümmern.

Allerdings hatte sich DRK-Präsident Weitz bei seinem Moskau-Aufenthalt Anfang 1957 um die Repatriierung der nach dem Zweiten Weltkrieg unter unterschiedlichen Bedingungen dienstverpflichteten Spezialisten in Suchumi bemüht.<sup>24</sup> Aber auch in diesem Zusammenhang findet sich keine Erwähnung der während der NS-Zeit in die SU gelangten Politemigranten. So wird man zu dem Ergebnis kommen müssen, dass es wohl bis dahin kein aktives Bemühen der Bundesregierung oder des DRK (der Bundesrepublik) um die Repatriierung deutscher Politemigranten oder sonstiger Emigranten in der SU gegeben hat.<sup>25</sup>

---

20 Eigene Mitteilung von Renate Herrmann-Nysenbaum gegenüber dem Autor. Zu Nysenbaum siehe Wilhelm Mensing: Von der Ruhr in den GULag, Essen 2001, S. 292–294.

21 Zu allen Genannten siehe die Liste der Remigranten auf [www.nkwd-und-gestapo.de](http://www.nkwd-und-gestapo.de). Zu Bargstädt siehe auch die Biographie der Bundesstiftung Aufarbeitung.

22 Den sicher größten Bekanntheitsgrad zum Thema Stalinsche Repressionen und Emigrantenschicksale hatte im Nachkriegsdeutschland das erstmals 1947 in Stockholm erschienene Buch von Margarete Buber-Neumann „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“, (Rote Weissbücher, Köln 1952). Aber Buber-Neumann konnte angesichts ihrer Auslieferung zur Zeit des Hitler-Stalin-Pakts nichts über die Nachkriegsschicksale ihrer Mit-Emigranten berichten.

23 Auskunft des Leiters des DRK-Archivs, Dr. Hans C. Bresgott vom 1.9.2016 an den Verfasser.

24 PA AA AV 19983 II, Anlage zu Bericht Botschaft an Zentrale vom 2.3.1957 mit dem Kommuniqué-Entwurf Weitz bei Besuch 21/2 bis 2/3 1957, darin der Abschnitt „Entlassung der deutschen Spezialisten aus Ssuchumi in die BRD“. Zu diesen Spezialisten und ihrem Schicksal ein eingehender Bericht eines Betroffenen, Dr. H. Breuninger: [http://www.karlist.net/spez/Lage\\_Spezialisten.htm](http://www.karlist.net/spez/Lage_Spezialisten.htm), Mai 2017. Siehe auch PA AA AV 10658 Moskau RK-V6, Bd 12, Teil II.

25 Solch aktives Bemühen galt stattdessen besonders den zwangsumgesiedelten Russlanddeutschen, siehe etwa die vom AA an die Botschaft Moskau übermittelte Liste vom 9.8.1956 von „Personen, die als deutsche Staatsangehörige für eine Rückführung aus der UdSSR in die Bundesrepublik Deutschland in Frage kommen“, 670 Namen, PA AA AV 19983, Band I.

Das bedeutet allerdings nicht, dass Adenauers Moskau-Reise und die daraus hervorgegangene Einrichtung diplomatischer Vertretungen in Moskau und in Bonn ohne Auswirkungen auf die Remigration von Menschen geblieben wäre, die sich vor dem NS-Regime in die SU geflüchtet hatten oder die sonst gegen ihren Willen in der SU festgehalten wurden, ohne Kriegs- oder Zivilgefangene zu sein. Denn aus Berichten der bundesrepublikanischen Botschaft in Moskau war bekannt, dass außer den Transporten mit etwa 12 000 Kriegs- und Zivilgefangenen, die zwischen Oktober 1955 und Januar 1956 eintrafen, im Dezember auch ein Transport mit etwa 1 800 zwangsangesiedelten Deutschen ankam.<sup>26</sup> Nach lange vergeblichem Suchen ist es mit Hilfe aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes gelungen, in Akten des früheren DDR-Außenministeriums eine Liste der Ankömmlinge dieses Transports vor 60 Jahren ausfindig zu machen.<sup>27</sup> Sie enthält Namen von über 400 in die DDR gekommenen Personen aus dem am 18. Dezember 1955 angekommenen Transport, einige weitere Aufzählungen, zum Beispiel über den Verbleib von Remigranten innerhalb der DDR, und Angaben über die in die Bundesrepublik Weitergereisten aus dem gleichen Transport.<sup>28</sup>

Zwar nicht in Listenform, wohl aber in Zahlen werden diese Angaben von Hilger/Morré, aber auch vom Außenministerium der DDR an anderer Stelle jedenfalls der Größenordnung nach bestätigt.<sup>29</sup> Die Ankömmlinge waren wohl in der Tat überwiegend Personen, die von Stalin zwangsumgesiedelt worden waren.<sup>30</sup>

Ein solcher Transport bedeutet, dass die Sowjets damals erstmals auch eine große Gruppe von Personen haben ausreisen lassen, die etliche Zeit danach in erheblicher Zahl als sogenannte „Spätaussiedler“ nach Deutschland gekommen sind. Doch haben auch Gruppen und Personen zu diesem Transport und mehreren, wenige Wochen später folgenden gehört, die nicht Zwangsumsiedler waren. So ermittelten die DDR-Behörden im Januar 1956 etwa 20 Prozent „Antragsteller von uns“ unter den Remigranten.<sup>31</sup> Das bedeutet allerdings keineswegs, dass 20 Prozent ehemalige Politemigranten in den Transporten waren; denn zu den Antragstellern bei DDR-Dienststellen zählten damals auch schon andere Ausreisewillige.

26 PA AA AV 10682 Moskau Rk 505 Rückführung, Notiz für den Herrn Botschafter vom 3.3.1960, Bl. 1.

27 PA AA Bestand MfAA C7760, lfd. Nr. 12 aus der Zusammenstellung „Botschaft Moskau Rückführungs-, Übersiedlungs- und Transportlisten“.

28 Zahlen zu den beiden ersten in Frankfurt/Oder angekommenen Transporten liefern auch Dokumente aus dem Bundesarchiv: SAPMO BArch DY 30/IV 2/13/403, abgedruckt bei Hans Reichelt: Die deutschen Kriegsheimkehrer, S. 176/177. Die Dokumente lassen aber kaum erkennen, zu welchen Gruppen die Ankommenden gehört haben. Immerhin fällt auf, dass mit dem zweiten Transport 61 Frauen und acht Kinder kamen, die kaum zu den „Kriegsgefangenen“ gezählt werden können.

29 Aus einem Erlebnisbericht eines Pfarrers, der die Rückkehrer in Empfang nahm, geht hervor, dass ein Transport am 13. Dezember 1955 eintraf und dass ihm eine Liste dieser Repatriierten übergeben wurde; dem Berichterstatter erschienen aber offenbar alle Ankommenden als spätheimkehrende Kriegsgefangene, Erinnerungen: Ankunft der Spätheimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft 12. Okt. 1955 bis 16. Jan. 1956, [www.herleshausen.de/Stolper/Spheimk.pdf](http://www.herleshausen.de/Stolper/Spheimk.pdf), Mai 2017. Hilger/Morré, wie vor, S. 732, geben seit Dezember 1955 652 Zivilisten aus Spezialsiedlungen an und verweisen auf Quellen aus dem Jahre 1963, die 1 365 entlassene „Sondersiedler“ nennen. Das DDR-Außenministerium gibt für Dezember 1955/Januar 1956 die Zahl von 1 262 Übersiedlern in Transporten an (außer 358 Einzelreisenden), auch hier, ohne dabei auf den Hintergrund dieser Transporte, die Adenauer-Verhandlungen einzugehen, Vermerk vom 19.12.1956, PA AA Bestand MfAA C 520/76 Bl. 101. Aus dem Vermerk geht hervor, dass mindestens auch „Spezialisten“, also Wirtschaftsemigranten, zu den Übersiedlern gehörten.

30 Die Angaben zu den Geburtsorten – viele einst deutschsprachige Siedlungen – weisen darauf hin, dass zahlreiche Russlanddeutsche unter den Remigranten waren.

31 Ebd., Blatt 2.

Einer der prominenten Rückkehrer in den im Oktober 1955 in Friedland ankommenden Zügen war der frühere -Bundestagsabgeordnete und seit 1948 stellvertretende Vorsitzende der KPD Kurt Müller, langjähriger KZ-Häftling in der NS-Zeit. Sein Schicksal hatte im Westen viel Aufsehen erregt: 1950 von der DDR-Staatsicherheit in die DDR gelockt, später in die Sowjetunion gebracht, zu 25 Jahren Lager (GULag Wladimir) verurteilt.<sup>32</sup> Obwohl Konrad Adenauer ihn aus dem Bundestag gekannt hatte, gibt es keinen Hinweis darauf, dass er für Müllers Freilassung eingetreten wäre; aber Müller zählte zu den Verschleppten, die Gegenstand der Adenauerschen Verhandlungen waren.

Zu diesen Verschleppten mag man auch einen früheren Kommunisten aus dem Ruhrgebiet zählen, der sich als Apparat-Mann der Gestapo verdingt hatte. Wegen seiner großen „Erfolge“ beim Verrat ehemaliger Genossen wurde er mit der Einstellung in den Polizeidienst belohnt und geriet nach Einsätzen in den besetzten Ostgebieten in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach früher Freilassung blieb er in der Sowjetzone und trat in die Dienste der Staatssicherheit. Als er dort 1949 entlarvt wurde, überließ man ihn den „Freunden“. Die bestrafte ihn mit 25 Jahren Lager. Auch er verdankte seine Rückkehr im Oktober 1955 dem deutschen Bundeskanzler; bald nach seiner Rückkehr wurde er in die nordrhein-westfälische Polizei aufgenommen.<sup>33</sup>

In einem Informationsbulletin jüdischer Flüchtlinge wird überdies berichtet, dass eine Anzahl jüdischer Emigranten, die wohl überwiegend während der NS-Zeit aus Deutschland unmittelbar oder auf Umwegen in die SU geflüchtet waren, ebenfalls mit den Transporten der aus westlicher Sicht Kriegsgefangenen, aus sowjetischer Sicht verurteilten Kriegsverbrecher, in die Bundesrepublik gekommen seien, die die Sowjetregierung als „Gegenleistung“ für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen aufgrund der Absprache mit Bundeskanzler Adenauer freiließ.<sup>34</sup> Tatsächlich sind diese Remigranten wohl angesichts des Zeitpunkts ihrer Rückkehr überwiegend eher mit dem zuvor erwähnten Transport im Dezember 1955 in Deutschland angekommen; allerdings finden sich ihre Namen fast ausnahmslos nicht in der Liste.

Unter den insgesamt fünfzehn Personen war Leon Buras aus Dresden, geboren um 1910, geflüchtet 1936 aus Berlin via Prag, verhaftet unter Spionageverdacht im Juni 1941 in Alma Ata, 1942 zu fünfzehn Jahren Lager verurteilt und – im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit der Rückkehr der Kriegsgefangenen und Zivilverurteilten – im November 1955 rehabilitiert.<sup>35</sup> Wohl mit ihm zusammen kamen Bernhard Friedländer, geboren in Posen 1889,<sup>36</sup> Max Broniatowski, aus Kattowitz stammend, mit seiner Tochter Evelyn und seinem Sohn Hans, Dr. Hans-Jürgen Katzenstein, 1905 in Frankfurt am

---

32 U. a. Wer war wer in der DDR?, Berlin 2010, 5. Auflage, Dieter Dowe (Hrsg.): Kurt Müller (1903–1990) zum Gedenken. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung.

33 Dazu: Wilhelm Mensing: Alfred S.: eine Nachrichtendienstkarriere zwischen KPD, Gestapo und Staatssicherheit, in: zeitgeschichte [Wien] 40. Jahrgang, Heft 6 (2013) S. 358–369.

34 INFORMATION issued by the ASSOCIATION OF JEWISH REFUGEES IN GREAT BRITAIN, Vol. XI Nr. 4 April 1956, p. 2. In der Meldung des Informationsblattes werden allerdings nur zehn Personen namentlich aufgeführt. Die Anfrage beim Herausgeber des Informationsblattes wegen der übrigen Namen blieb ohne Ergebnis. Die Herausgeber des Informationsblattes haben in der Ausgabe Oktober 2016 ihres Newsletters eine Suchanfrage des Autors nach weiteren Informationen zu dieser Remigranten-Gruppe veröffentlicht, die aber leider ebenfalls ohne Ergebnis blieb.

35 Memorial: <http://lists.memo.ru/index2.htm> – Leon Buras/ Бурас Леон Яковлевич.

36 B.F. war wohl Soldat im Ersten Weltkrieg (<http://objekte.jmberlin.de/person/jmb-pers-420085;jsessionid=9B2FDBB067487925F40C29A7DB5C3A11>, Mai 2017), er überlebte die NS-Zeit illegal in Berlin, wurde danach zunächst als Opfer des Faschismus anerkannt, später verhaftet und in die SU verbracht. Er starb 1971 in Berlin (West). Während sich seine Repression nicht bei Memorial findet, erscheint dort ein anderer Friedländer (Leo), ebenfalls geboren in Posen 1895, Mitglied der KPD, der 1937 erschossen wurde, <http://lists.memo.ru/index21.htm>.

Main geboren, der bald mit seiner Frau (oder zu ihr) in den Westen übersiedelte, anscheinend genehmigt von den DDR-Behörden. Außerdem durften die Berliner Leon Lewitan, Horst Liebmann und Harry Osers sowie Jakob Lewin aus Stettin die Sowjetunion verlassen.

Nur Katzenstein<sup>37</sup> findet sich in den DDR-Remigrantenlisten. Keiner findet sich in der Liste der deutschen Emigranten bis 1935, die bei der Komintern in Moskau geführt wurde, oder in den Listen der Parteiausschlüsse und der Verhafteten.<sup>38</sup> Es liegt nahe anzunehmen, dass ihnen, soweit sie in den 1930er Jahren kamen, in der SU auch nicht der Status von Politemigranten zuerkannt worden war. Die Mehrzahl von ihnen scheint nach der Rückkehr aus der SU auch nicht dauerhaft in Deutschland geblieben zu sein, sondern ist anscheinend weitergereist nach Großbritannien, wie das Informationsblatt jüdischer Flüchtlinge wohl zu verstehen ist.<sup>39</sup> Vier der jüdischen Remigranten immerhin haben in Berlin Spuren hinterlassen, wenn auch zum Teil nur sehr geringe: Außer Bernhard Friedländer tat das Leon Buras, der in Dahlem gewohnt und alsbald nach seiner Ankunft Wiedergutmachungsansprüche geltend gemacht hat; bei der Dresdner Bank stand ihm wohl als Erbe einer Emigrantin ein Konto oder Depot zu.<sup>40</sup>

Hans-Jürgen Katzenstein und Harry Osers haben sich als Opfer des Faschismus registrieren lassen.<sup>41</sup> Katzenstein war Arzt, hatte an seinem Geburtsort die Schule besucht und studiert.<sup>42</sup> Wohl aus beruflichen Gründen war er nach Danzig gegangen und hatte dort 1936 geheiratet. Als „Mischling 1. Grades“ nach den Kategorien der Nürnberger Gesetze hatte er es vorgezogen, zu emigrieren, hatte im Iran (Maschhad) gearbeitet, war dort nach der Besetzung durch die Rote Armee 1943 verhaftet, in die SU verbracht und zu zehn Jahren Lagerstrafe verurteilt worden.<sup>43</sup> Schon in der Lagerzeit war er als Röntgenarzt tätig gewesen, danach bis Anfang Dezember 1955 im Kustanaier Gebiet in Kasachstan.

Als bald nach der Rückkehr meldete sich Katzenstein – wie es bei Politemigranten gefordert war – bei der Partei und legte seine Vergangenheit dem stellvertretenden Leiter der Zentralen Kaderregistratur, Heinrich Wieland, dar. Von ihm wurde er an den Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ weitergeleitet. Dort wurde darauf verzichtet, einen Lebenslauf von Katzenstein zu Papier zu bringen, „da die Angelegenheit bei der Aussprache eingehend behandelt wurde und die Unterlagen im ZK bekannt sind“.<sup>44</sup> Es lässt sich nur vermuten, was hinter solchen Bemerkungen steht: am ehesten wohl das Beschweigen der Lagerstrafe, die Katzenstein verbüßt hatte.

37 In BArch DY 30/IV 2/11/v 4772-5249 mit der Nummer 4948 und dem Zusatz „PE/Türkei, Iran, SU, repr.“.

38 RGASPI F. 495 Op. 175 D. 134, D. 100 und D. 118.

39 Nachforschungen bei den Archiven, die in Frage zu kommen schienen, haben keinen Hinweis auf ihren Verbleib erbracht. Lediglich zu Leon Lewitan fand sich ein Internet-Eintrag, bei dem die Identität zwar wahrscheinlich, aber nicht gesichert ist: Danach wanderte der am 15.4.1914 in Wilna geborene, verheiratete deutsche Staatsangehörige L. L. 1958 nach Rio de Janeiro/Brasilien ein, <https://familysearch.org/ark:/61903/1:1:V137-R2B>, März 2017.

40 Landesarchiv Berlin B Rep. 025 (B) betr. Wiedergutmachungsämter Berlin.

41 Landesarchiv Berlin C Rep. 118-01, Hauptausschuss Opfer des Faschismus (OdF)/Referat Verfolgte des Naziregimes (VdN). Daraus ist auch das Geburtsdatum 13.11.1911 von Harry Osers bekannt.

42 Seine Dissertation, eingereicht am Neurologischen Institut der Universität Frankfurt/M, Direktor Prof. Dr. K. Goldstein, aus dem Jahre 1930, erschien in dem Berliner Verlag F.C.W. Vogel: „Verschiedene reflektorische Erscheinungen bei Reizung der Fußsohle“.

43 Mitteilung von Bernd Rainer Barth auf Grundlage der Kaderakte von Katzenstein nach einer Notiz von H. Wieland vom 19.12.1955. Katzensteins Frau wurde bereits 1952 nach Deutschland entlassen und zog zu ihrer Mutter nach Wiesbaden.

44 Landesarchiv Berlin C Rep 118-1 Nr. 244/79. Auskunft Archiv des Centrum Judaicum vom 12.12.2016.

Katzenstein blieb nicht in der DDR. In der Akte findet sich ein undatierter Vermerk: „Lt. Liste des VPP, Einwohnermeldeamt, ist Hans-Jürgen Katzenstein seit dem 15.4.56 republikflüchtig.“ An diesem Vermerk kann man zweifeln. Denn in den Emigranten-Listen der DDR findet sich der Hinweis, dass Katzensteins Frau in Westdeutschland wohne und er die Erlaubnis zur Ausreise dorthin erhalten habe. Aber das muss ja dem Einwohnermeldeamt nicht bekannt gewesen sein.<sup>45</sup>

Ganz anders war das Leben von Harry Osers verlaufen, geboren 1911 in Berlin. Er emigrierte 1938, wurde später – dank seiner zweiten Staatsangehörigkeit als Tschechoslowake – Soldat in der Tschechischen Legion der Französischen Armee, verhaftet, in Gurs interniert. Er schaffte die Flucht und gelangte nach längerer illegaler Existenz im Herbst 1945 wieder nach Berlin. Osers machte eine kleine Karriere bei der SED, er war Mitglied in einem Berliner Kressekretariat. Im Februar 1950 wurde er in seiner Wohnung festgenommen und in die SU deportiert. Über seine Verurteilung dort, den Haftort und seine Rehabilitierung findet sich keine Information.<sup>46</sup> Er kam im Dezember 1955 – wie Friedländer – als „Zivilgefangener“ nach Deutschland zurück. Seine Anerkennung als „Opfer des Faschismus“ war zurückgenommen worden, als seine Verhaftung durch die Sowjets bekannt geworden war.<sup>47</sup>

Den Spuren dieser jüdischen Remigranten musste mit einigem Aufwand nachgegangen werden, da sie über ihren persönlichen Bereich hinaus unbekannt waren. Ein anderer jüdischer Häftling kam zur gleichen Zeit mit einem der Kriegsgefangenentransporte aus der Sowjetunion zurück, im Informationsbulletin der britischen Vereinigung jüdischer Flüchtlinge wird er nicht genannt, vielleicht, weil er erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg als Strafgefangener in die Sowjetunion deportiert worden war. Andererseits war er von einiger Prominenz. Viele Politiker, Gewerkschafter, Freunde und Bekannte in der Bundesrepublik Deutschland hatten für seine Rückkehr geworben und gekämpft: Leo Bauer war einer der Passagiere eines am 20. Oktober 1955 in Friedland eintreffenden Heimkehrerzuges.<sup>48</sup> Der aus einer Familie jüdischer Kaufleute stammende Bauer hatte sich schon als Jugendlicher in der Politik engagiert, seit 1932 in der KPD. Die NS-Zeit hatte er in der Westemigration überstanden, lange in schweizerischer Gefängnishaft. Nach 1945 arbeitete er in der Führung der hessischen KPD und wurde 1949 von der SED in die DDR kommandiert. Dort fiel er der Parteisäuberung zum Opfer, wurde 1952 gar von einem sowjetischen Militärtribunal als vorgeblicher Unterstützer von Noel Field zum Tode verurteilt, 1953 zu 25 Jahren Lager „begnadigt“. Nun durfte er ausgerechnet im Kreise deutscher Kriegsheimkehrer wieder in die Bundesrepublik zurückkehren.<sup>49</sup> Später holte ihn Willy Brandt als Berater in seinen Kreis.

---

45 Ein womöglich letztes belegbares Lebenszeichen von Katzenstein findet sich in der Unterschriftenliste für den Aufruf zur Anti-Raketen-Demo in Bonn im Mai 1976. Er starb 1983 in Wiesbaden. Die Angaben über Heirat und Tod verdanke ich dem Stadtarchiv Frankfurt/M. („Nullkartei“ und Standesamt Mitte, STA10 Geburtsregister 1905, Standesamt I, Bd. 3, S. 443, Nr. 1639.)

46 Auch bei Hilger/Schmeitzner/Schmidt: Sowjetische Militärtribunale, Bd 2, findet sich nichts über Osers. Peter Erlar, Berlin verdanke ich den Hinweis, dass das nicht ganz richtig ist: Harry Osers wurde von einem SMT oder der OSO verurteilt und über das Gefängnis Berlin-Magdalenenstraße in die SU deportiert. Er wurde rehabilitiert.

47 Landesarchiv Berlin C Rep. 118-01 Nr. 10269.

48 Peter Brandt/Jörg Schumacher u. a.: Karrieren eines Außenseiters. Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912 bis 1972, Berlin 1983, S. 213.

49 In einem umfangreichen Beitrag in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (Aus Politik und Zeitgeschichte B XXVII/56) beschrieb Bauer im Sommer nach seiner Rückkehr seine sowjetische Leidensgeschichte, seine Freilassung nach Abschluss der Adenauerschen Moskauer Verhandlungen und seine Heimkehr nach Westdeutschland. Die SED hatte beim Zwischenaufenthalt in Frankfurt/Oder noch versucht, die Freilassung zu verhindern, bis ein sowjetischer Begleitoffizier zugunsten von Bauer einschritt.



Die so unterschiedlichen Schicksale von drei der sechzehn repatriierten deutschen Juden lassen erkennen, dass diese sechzehn durchaus keine homogene Gruppe von Emigranten in die SU bildeten, wohl überhaupt nicht als Gruppe gesehen werden dürfen, sondern vielmehr anderen, nicht-jüdischen Gruppen von Heimkehrern oder Remigranten zugeordnet werden müssen. Deshalb lassen sich – mit Ausnahme von Leo Bauer, bei dem es politischen Druck gegeben hatte – auch schwerlich Hinweise finden, wie es überhaupt zur Freigabe dieser jüdischen Rückkehrer im Zuge der „Adenauer-Heimholung“ gekommen ist. Einen Anhaltspunkt liefert allenfalls die Meldung der „Information“: Die Remigranten haben sich auf ihre deutsche Staatsangehörigkeit berufen. Das kann eine Ursache dafür sein, dass sie gerade, wenn auch aus individuell unterschiedlichen Gründen, im Zusammenhang mit den Heimkehrer-Transporten nach Deutschland gelassen wurden.

Die Rehabilitierung von Leon Buras, wohl auch die von Hans-Jürgen Katzenstein und sicher die von Rachel Dübendorfer, von der noch zu sprechen sein wird, erst unmittelbar vor der Abreise, deutet für die sowjetische Seite auf eine bewusste und gewollte Zuordnung zu den West-Transporten hin. Dass die übrigen jüdischen Remigranten aus sowjetischer Sicht zufällig unter die bei dieser Gelegenheit Freigegebenen geraten seien, wird man kaum annehmen dürfen.

Auf gleiche Weise wie die fünfzehn kam wenige Monate später die erwähnte Rachel Dübendorfer, 1900 in Warschau als Tochter russisch jüdischer Eltern geboren und in Danzig aufgewachsen, aus der SU zurück. Sie war im Dezember 1946 trotz einer psychiatrischen Erkrankung verurteilt und im Februar 1956 rehabilitiert worden. Mit einem Kriegsgefangenentransport kam sie in Frankfurt/Oder an. Angesichts ihres psychisch desolaten Zustandes brachte man sie von dort erst einmal in psychiatrische Behandlung. Sie war den DDR/SED-Dienststellen, anders als bei der Remigration von Politemigranten üblich, nicht avisiert worden; erst nach einiger Zeit trat Klarheit über ihre Identität ein.<sup>50</sup>

Es finden sich noch mindestens über 30 weitere in die DDR gegangene Remigranten,<sup>51</sup> die in den Monaten zwischen November 1955 und Anfang 1956, also der Zeit der „Kriegsgefangenentransporte“, in die DDR gekommen sind. Nicht bei allen sind der Reiseweg und die Reiseumstände bisher sicher zu rekonstruieren.

Aber weit über ein Dutzend von ihnen sind in den angeführten Listen des Sammeltransports aufgeführt. Das sind (außer Katzenstein) Ruth Hartmann mit Tochter, Helmut König, Margarete König mit Familie, Frieda Lenz, Erna Petermann, Familie Pfarr, Ruth Pintschuk, Else Prewaldt, Emma Rupprecht mit Tochter und Alfred Stern. Die Einreisegenehmigungen der DDR für diese Remigranten wurden überwiegend erst im Dezember 1955 oder Januar 1956 durch die Moskauer Mission in Berlin beantragt<sup>52</sup>, die von

50 Zu ihr: Wladislaw Hedeler/Inge Münz-Koenen (Hrsg.): „Ich kam als Gast in euer Land gereist...“, Berlin 2013, S. 168–183, mit einer Biographie Dübendorfers von Bernd Rainer Barth.

51 Wahrscheinlich mehr; nur die mit gesicherter Rückkehrzeit sind aufgeführt. Außer diesen sind nach einer Mitteilung des sowjetischen Außenministeriums an die Botschaft der BRD zwischen Ende 1955 und Anfang 1956 noch weitere fünf deutsche Staatsangehörige „Vertretern der Behörden der BRD“ und 36 „Vertretern der Behörden der DDR [...] von den sowjetischen Behörden übergeben worden“. Von ihnen findet sich keiner in der Liste der Emigranten, der Verhaftungen oder der Parteiausschlüsse, RGASPI F. 495 Op. 175 D. 134, 118 und 100, oder in den Remigrantenlisten der SED; es wird sich wohl um einige der Zwangsumsiedler bei ihnen handeln, deren Ankunft die BRD-Botschaft bestätigt hatte (siehe Anm. 26), PA AA AV 19983 I, Moskau Rückführung Allgemein und Regierungsdelegationen, Bd 1, Schreiben v. 29.5.1956, Anlagen Liste 1 und Liste 2.

52 So beantragte die Botschaft die Einreise für Frieda Lenz mit Brief vom 6.1.1956, PA AA Bestand MfAA A 7858 Bl. 278.

ihrer Abreise erst im Nachhinein erfahren hatte.<sup>53</sup> Die weiteren über fünfzehn, überwiegend mit dem gleichen Rückkehrdatum 17./18. Dezember,<sup>54</sup> zumal die jüdischen Remigranten unter ihnen, scheinen ebenfalls mit diesem oder einem vorangehenden oder späteren Sammeltransport angekommen zu sein, ohne sich allerdings in der erwähnten, offenbar nicht den gesamten Transport darstellenden Liste zu finden:

Karl und Herta Dröll, 21. Dez. 1955,  
 Ella Fröbel, 17. Dez. 1955,  
 Janny Neumann, 17. Dez. 1955,  
 Dr. Louis Rautenberg (und Lotte), 29. Dez. 1955,  
 Friedrich Reinicke, 17. Dez. 1955,  
 Willi Scheller (und Maria), 17. Dez. 1955,  
 Heinz Schuster (und Linda), 17. Dez. 1955,  
 Nathan Steinberger (und Edith), 22. Dez. 1955 (evtl. auch 18.12),  
 Antonie Thielemann, 17. Dez. 1955,  
 Ruth Trapp (und Maria), 17. Dez. 1955.<sup>55</sup>

Nicht alle mit dem Transport 17./18. Dezember gekommenen Remigranten blieben in der DDR. In der Anhörung der Genossin Margarete König in der Zentralen Parteikontrollkommission am 13. Februar 1956 etwa wurde festgehalten, dass ihr Sohn Helmut mit seiner bessarabiendeutschen Ehefrau „trotz Rücksprache“ nicht in der DDR verblieb, sondern nach „Westdeutschland“ weiterreiste.<sup>56</sup>

Wenn es richtig ist, dass (fast) alle am 17./18. Dezember 1955 gekommenen Remigranten mit dem beschriebenen Transport gereist sind, kann man sie mit zwei Einschränkungen dem Erfolg der Rückführungsverhandlungen von Bundeskanzler Adenauer zurechnen: Für etliche gilt die Zurechnung nur, was Zeitpunkt und Umstände ihrer Rückkehr angehen; für alle, dass Adenauers Rückholbemühungen ihnen nicht gegolten hatten.

53 Schreiben der Botschaft der DDR vom 26.2.1956 an das MfAA betr. „Rückkehr ehemaliger deutscher Politemigranten“, PA AA Bestand MfAA A 7859 Bl. 6. Die Bezeichnung des Kontextes dieses Sammeltransports – scil. die Adenauer-Verhandlungen – wird wohl bewusst vermieden. – Für das Auffinden dieses Schreibens, das die Remigrationsumstände noch vor dem Auffinden der darin erwähnten Transportliste klärte, bin ich Frau B. Kmezik, Mitarbeiterin des PA AA, dankbar.

54 Die genauen Rückkehrdaten verdanke ich Herrn Wladislaw Hedeler, Berlin; sie werden durch die Anhörungen der ZPKK der SED bestätigt.

55 Einige dieser Remigranten, aber bei weitem nicht alle, finden sich in der Liste Heimkehrwilliger, die die Kaderabteilung des ZK der SED der Moskauer Mission der DDR unter dem 22.8.1951 übermittelte (gehören also zu den erwähnten 20 Prozent Antragstellern). Der älteste Remigrationsantrag, der sich dort verzeichnet fand, stammte von 1948 (Ruth Trapp), PA AA Bestand MfAA A 1065, Bd. 52, Bl. 22–43. Für etwa zehn dieser Remigranten, darunter die Drölls (schon 1947 angefordert, aber auf Bedenken gestoßen), die Rautenbergs und die Steinbergers, war die Rückkehr bereits gegen Ende September, also vor den Adenauer-Verhandlungen der DDR-Botschaft für die nächsten Monate avisiert worden, BArch DY 30/IV 2/11/118, Bl. 1. Wohl alle hatten seit Jahren versucht heimzukommen. Die Mission/Botschaft der DDR hatte sie unterstützt. Der 1. Rat Markus Wolf war schon Anfang 1950 von Walter Ulbricht aufgefordert worden, Remigrationsanträge mit einem Votum der Mission nach Berlin zu schicken; allerdings sorgte offenbar der gleiche Ulbricht dafür, dass die Anträge unbearbeitet liegen blieben, PA AA Bestand MfAA A 15569, Bl. 12, 19; das fügte sich zu der Einschätzung Ulbrichts bei Berliner Arbeitern, „Ulbricht würde viel reden, aber wenig danach handeln“, zit. nach Henrik Bispink: „Was ist denn nun überhaupt mit Stalin los?“ Der XX. Parteitag und die Stimmung der Bevölkerung in der DDR. JhK 2016, S. 264. Soweit diese Rückkehrer eine Parteirehabilitierung der SED erhielten, geschah das in neun von zehn Fällen bereits im Februar und April 1956, in einem Fall im August 1956.

56 Niederschrift ZPKK, BArch DY 30/IV 2/11/v. 4969. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass H.K. mit einem Auftrag in den Westen ging: er wurde bei verschiedenen orthodox-kommunistischen Organisationen aktiv, zuletzt bei der DKP. 1972 ging er, anscheinend im Zusammenhang mit einer Ehescheidung, in die DDR.

Dieses Ergebnis mag zurückhaltender, vielleicht skeptischer klingen, als die Empfindung eines unmittelbar Betroffenen, der sich vor etlichen Jahren über die Umstände seiner späten Rückkehr aus der Sowjetunion äußerte: Wolfgang Ruge sah durch Adenauers Eintreten für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen die sowjetische Führung unter Druck gesetzt, auch die sonstigen zurückgehaltenen Deutschen freizugeben.<sup>57</sup> Das mag noch für die nach dem Krieg verurteilten Zivilgefangenen gelten, aber kaum für die Politemigranten, über die es im Westen, wie dargestellt, kaum Kenntnisse und an deren Schicksal es wenig Interesse gab. Die Pikanterie am Rande: Die SU wartete bei einzelnen lange festgehaltenen Politemigranten im Transport die sonst stets notwendige Einreisegenehmigung der DDR nicht ab.

Nicht nur diesem Umstand lag, wie heute recht sicher anzunehmen ist, eine Entscheidung der höchsten politischen Instanz der Sowjetunion, des Präsidiums des ZK der KPdSU, zugrunde. Nirgendwo sonst konnte entschieden werden, dass mit den verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen und den Verschleppten, unter ihnen so prominente Personen wie Kurt Müller und Leo Bauer, zugleich auch bis dahin zurückgehaltenen Arbeitsemigranten unterschiedlicher Herkunft und Zugehörigkeit die Ausreise aus der Sowjetunion gewährt wurde.<sup>58</sup> Dazu fügt sich die von dem Dolmetscher Professor Keil übermittelte Frage Adenauers an Bulganin, ob denn nur die Verurteilten entlassen würden oder alle. Alle – das bedeutete aus Adenauers Perspektive die Kriegsgefangenen und die Verschleppten. „Alle, alle, alle“ sei Bulganins Antwort gewesen.<sup>59</sup> Dass dieses „alle“ noch über die Kriegsgefangenen und Verschleppten hinausging, war Adenauer schwerlich bewusst, entspricht aber der offenkundigen Zielsetzung der sowjetischen Parteiführung, das Problem festgehaltener Deutscher wenn schon, dann gründlich zu erledigen. Allerdings nun auch wieder nicht unsortiert: Wer noch Strafen abzuleisten hatte oder in der Verbannung war, musste weiter bleiben und auf die Heimreise warten, einzelne noch fünfzehn Jahre, wie etwa die 1945 zu zehn Jahren Lager verurteilte Alma Herm, die erst 1970 nach Deutschland kam.<sup>60</sup>

Es überrascht nicht, dass diese Gruppenrückkehr in Deutschland nicht öffentlich wahrgenommen wurde. In der DDR war die späte Rückkehr von Politemigranten nie ein öffentliches Thema. Wie sollte es ausgerechnet bei diesem „Adenauer-Transport“ anders sein? In der Bundesrepublik übertönte der Jubel über die Rückkehr der Kriegsgefangenen alles; und es kam ja auch kaum einer der Polit-Remigranten dort an.

57 Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa, Stationen einer Emigration, Köln 2003, S. 425.

58 Es gibt Hinweise, dass sich unter der Vielzahl der in jüngerer Zeit an österreichische Historiker freigegebenen sowjetischen Dokumente auch ein Parteibeschluss in dieser Sache aus dem Herbst 1955 findet, der festlegte, für welchen Personenkreis die Ausreise nach Deutschland vorzubereiten sei. Die Kurzfristigkeit dieser Entscheidung und ihres Vollzuges macht auch deutlich, wie genau die Moskauer Führung über noch zurückgehaltene Deutsche Bescheid wusste. Bemerkenswert ist, dass es mehr als zwanzig Jahre brauchte, bis dieser Parteibeschluss, aus dem Faina Nowik, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für russische Geschichte an der Russischen Akademie der Wissenschaften, 1995 anscheinend annähernd wörtlich zitieren konnte, nun auch für den Westen freigegeben wurde. Vgl. Faina Nowik: Konrad Adenauers Besuch in Moskau – Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland 1955, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg), Kriegsgefangene ВОЕНОПЛЕННЫЕ. Sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland – Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, Ausstellung 1995, S. 97, rechte Spalte. Das bestätigt sich auch aus der Lektüre von Michael W. Krekel, langjähriger Mitarbeiter der Bonner US-Botschaft, in „Verhandlungen in Moskau – Adenauer, die deutsche Frage und die Rückkehr der Kriegsgefangenen“, Rhöndorfer Hefte 2, Bad Honnef 1996, der nur von der Rückkehr von Vertragsarbeitern und Verschleppten weiß.

59 Rolf Dietrich Keil: Mit Adenauer in Moskau. Erinnerungen eines Dolmetschers, Bonn 1997, S. 131. Nahezu wortgleich berichtet Felix von Eckardt diese Szene: Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf 1967, S. 398. Er allerdings erwähnt auch die vielen sonst in der SU festgehaltenen Deutschen, ohne aber Gruppen oder gar Namen zu nennen.

60 Siehe [www.nkwd-und-gestapo.de/Remigration](http://www.nkwd-und-gestapo.de/Remigration) aus der Sowjetunion.

Eine weitere Remigrantenfamilie hat offenbar selbst einen Zusammenhang ihrer Ausreise mit den Folgen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der SU gesehen: In einem biographischen Bericht über Sergej Dorzweiler, dessen Eltern Alois und Mathilde und Brüder im Juni 1958 aus der SU zurückgekehrt und nach einem kurzen Aufenthalt in Magdeburg über Berlin (West) in die Bundesrepublik gelangt sind, wird die gelungene Ausreise ausdrücklich auf den wenige Monate zuvor geschlossenen Konsularvertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik von 1958 zurückgeführt.<sup>61</sup>

Anderer, wenn auch in der Regel durchaus mittelbarer Art waren die Auswirkungen der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf die Remigration von Deutschen, wie sie sich aus den Akten der beiden Botschaften ablesen lassen. Bei kursorischer Durchsicht der Akten der Botschaft Moskau fand sich ein Fall direkten Bemühens der Botschaft um die Repatriierung eines deutschen Emigranten: Nikolaus Malinowski war mit drei weiteren Deutschen (ein ehemaliger Kriegsgefangener, eine Administrativ-Umsiedlerin, eine Memel-Deutsche) im späten Frühjahr 1957 aus dem Moskauer Gebiet ausgewiesen und in dem sehr abgelegenen Dorf Niskonizi, etwa 300 Kilometer südöstlich von Moskau zwangsangesiedelt worden. Durch ein Mitglied der Gruppe, das dank eines sowjetischen Passes nach Moskau reisen konnte, war die Botschaft auf die Gruppe aufmerksam gemacht worden. Mitarbeiter der Botschaft drangen auf abenteuerliche Weise in das schwer erreichbare Dorf vor. Die Botschaft stattete (auch) Malinowski mit einem deutschen Pass aus, um ihm die Heimreise zu ermöglichen. Nicht lange darauf erfuhr die Botschaft von einer Berliner Bekannten Malinowskis, der Pass sei ihm von der Miliz abgenommen und ihm eine Strafe angedroht worden, wenn er nicht binnen zwei Wochen einen sowjetischen Pass annehme. Karl Carstens, damals Staatssekretär im Auswärtigen Amt, wollte bei den Sowjets deswegen protestieren. Die Botschaft zog es vor, die Sache „bis auf weiteres zurück[zustellen“.<sup>62</sup>

Erfolgreich waren die Rückkehrbemühungen des in Roshdenstwenskoje (260 Kilometer südlich von Krasnojarsk) zwangsangesiedelten Reichsdeutschen Wilhelm Siegfried Köster, geboren 1917. Er erhielt am 8. Dezember 1955 die noch im Juni 1955 zum wiederholten Male vergeblich beantragte Ausreisegenehmigung für sich und seinen Sohn – seine Frau, lettische Staatsangehörige, musste zurückbleiben – und durfte am 23. Dezember offenbar auch mit einem Heimkehrer-Transport nach Deutschland reisen.<sup>63</sup>

---

61 Siehe <http://www.uni-marburg.de/aktuelles/unijournal/14/Slawistik>, April 2017. Der Jüdin Mathilde Dorzweiler war wohl der Weg zurück nach Deutschland schwer; ihr Mann soll darauf gedrängt haben. Die Familie zog dann auch aus der Bundesrepublik weiter nach Israel. Zum Konsularvertrag siehe Anm. 17. Gerade die Tatsache, dass auch die DDR-Regierung – ein Jahr vor der Bundesregierung – einen solchen Konsularvertrag mit der Sowjetregierung geschlossen hatte, macht die Nennung des BRD-Vertrages als Freigabeursache glaubhaft.

62 Aufzeichnung über eine Besuchsreise von Angehörigen der Botschaft nach Niskonizi vom 8. Juni 1957. Telegramm von StS Carstens vom 23./24.7.1957 und handschriftlicher Vermerk auf dem Telegramm, PA AA AV 19983 II, Moskau Rückführung, Allgemein, Bd. 2, unpag. Es ist bisher nicht gelungen, weitere Angaben zu N.M. zu finden. Allerdings gibt es einen weiteren Fall unterstützter Repatriierung im November von vier Angehörigen einer Familie Springer, die staatenlos in Karaganda lebten; da die einschlägigen Akten zur Passerteilung durch die Botschaft Moskau kassiert sind, lässt sich nicht mehr sicher verifizieren, ob es sich um Emigranten handelte, PA AA AV 19983, Band I. Auch eine verwandtschaftliche Beziehung zu den remigrierten Politemigranten Hilde, Horst und Alexander Springer und zu Ewald Springer ist nicht bekannt.

63 PA AA B 85-741, Familienzusammenführung, unpag. Der in Friedland am 15.1.1956 angefertigte Vermerk über K. lässt nicht erkennen, wie der in die Sowjetunion gelangt war. Da aber sonst die Eigenschaft als ehemaliger Kriegsgefangener oder als ehemaliger Wolgadeutscher vermerkt ist, liegt es mindestens nicht fern, in ihm einen Emigranten zu sehen. Die Tatsache, dass sein Name in keiner der einschlägigen Komintern-Listen erscheint, muss angesichts deren bekannter Unvollständigkeit nicht dagegen sprechen. K ging nach Heiligenhaus bei Düsseldorf.

Wohl wirkungsvoller zugunsten der heimkehrwilligen Politemigranten, wenn auch ohne direktes eigenes Zutun der Botschaft der Bundesrepublik, war die bloße Existenz dieser Botschaft als Konkurrenzinstitut für unwillige oder stockende DDR-Dienststellen und deren Verfahren. So erhielt die BRD-Botschaft allein im ersten Halbjahr ihres Bestehens etwa 12- bis 15 000 Heimschaffungsanträge deutscher Staatsbürger oder Volkszugehöriger, nicht gerechnet die etwa 2 500 bis 3 000 persönlichen Vorsprachen von Antragstellern.<sup>64</sup>

Einen deutlichen Niederschlag findet diese Konkurrenzsituation in einem Schreiben der DDR-Botschaft an ihre Zentrale, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, vom Mai 1956 – da war die Botschaft der Bundesrepublik erst wenige Monate in Aktion und arbeitete noch vom Hotel Metropol aus. Dank der versehentlichen Adressierung eines für die bundesrepublikanische Botschaft gedachten Briefes an die Botschaft der DDR erfuhren die Vertreter der DDR nicht nur, dass die Botschaft der Bundesrepublik sich intensiv um die Repatriierung von Deutschen in die Heimat bemühte, sondern zugleich, dass sie einen Weg für die Einleitung der Repatriierung wählte, der das Verfahren vereinfachte und die Erfolgchancen wohl vergrößerte: Die Interessenten wurden nicht nach ihrer *d e r z e i t i g e n* Staatsangehörigkeit gefragt. Die Antwort darauf hätte in ganz vielen Fällen sein müssen: die sowjetische. Und damit wäre der Versuch der Repatriierung, wenn nicht zu Ende, dann doch jedenfalls erheblich erschwert gewesen, weil ihr die notwendige Entlassung aus der sowjetischen Staatsangehörigkeit im Weg gestanden hätte. Diese war vielen in der Sowjetunion lebenden Menschen deutscher Nationalität, ganz besonders den Zwangsumsiedlern, von den Sowjets aufgedrängt, wenn nicht aufge nötigt worden; nicht wenige hatten sie akzeptiert, weil sie damit vor Ausweisung oder anderer Repression besser geschützt zu sein glaubten. Nun stand sie einer Ausreise nach Deutschland – gleich ob DDR oder Bundesrepublik – im Wege und besonders örtliche sowjetische Behörden legten oft Anträgen auf Entlassung aus der Sowjetbürgerschaft endlose Hindernisse in den Weg.

In Kenntnis dieser Situation fragte die bundesrepublikanische Botschaft – so begriff man bei den Mitarbeitern der DDR-Botschaft gleich: ganz bewusst – schlicht nach *d e r* Staatsangehörigkeit, wohl wissend, dass „die Umsiedelten sich infolge der Umsiedlung als deutsche Staatsbürger bezeichnen“. Damit war dann erst einmal auch gegenüber den Sowjets die Berechtigung geschaffen, ihre Repatriierung zu betreiben.

Die DDR-Botschaft fand in ihrem Bericht an ihre Zentrale, die Antwort der Botschaft der Bundesrepublik an die Repatriierungswillige kommentierend: „Von Wichtigkeit ...[sei], dass in diesem Schreiben einer Sowjetbürgerin versichert wird, dass die Botschaft alles tut, um die Betreffende nach Westdeutschland zurückzubringen.“ Und fügt hinzu: „Ganz abgesehen von der großen Anteilnahme am schweren ‚Schicksal‘ der Antragsteller.“ Man hört aus solchen Formulierungen den Ärger über die „Dreistigkeit“ der westdeutschen Landsleute, die von Rücksichtnahme auf die „Freunde“ frei sind und sich damit eine Bewegungsfreiheit schaffen, die man selbst gern hätte.<sup>65</sup>

Hinzu kam, dass die DDR von Remigranten mit sowjetischer Staatsbürgerschaft verlangte, dass sie alsbald nach der Rückkehr einen DDR-Ausweis beantragten; andernfalls

64 PA AA AV 10682, Moskau Rk 505, Rückführung, Vermerk vom 14.5.1956.

65 PA AA Bestand MfAA C 520/76, Grundsatzfragen Übersiedlung Deutscher UdSSR/DDR, Bl. 1/2 (das Schreiben trägt offenbar versehentlich das Datum 16.5.1946). Noch deutlicher spiegelt sich dieser Ärger in einem Interview von DDR-Botschafter König im Neuen Deutschland Nr. 114 vom 12.5.1956, in dem König empört feststellt, dass „die BDR sich um die Rückführung von Personen bemüht, die offensichtlich sowjetische Staatsangehörige sind, es sei denn, man erkennt die Staatsangehörigkeitsmaßnahmen des Nationalsozialismus an.“

könnten sie nicht mit Unterstützung bei der Arbeitsplatzbeschaffung oder beim Schulbesuch rechnen.<sup>66</sup> Das konnte für die Betroffenen problematisch sein, wenn sie sowjetische Renten bezogen.

Ein weiteres Hindernis hatte die DDR bei der Bekämpfung der „Republikflucht“ für Rückkehrwillige aufgebaut und mindestens bis weit in das Jahr 1958 nicht abgeschafft: Waren Angehörige, zu denen sie zurückkehren wollten, „republikflüchtig“ geworden, wurde den Repatrianden die Einreise verwehrt, weil „dann keine direkten Angehörigen mehr in der Deutschen Demokratischen Republik wohnen“.<sup>67</sup>

Der Druck, unter dem die DDR-Vertretung und ihre Zentrale sich durch die Konkurrenz der bundesrepublikanischen Botschaft sahen, kommt in einer „Zusammenfassung einiger Probleme über die Familienzusammenführung UdSSR-DDR“ vom Juli 1957 zum Ausdruck, wo formuliert wird: „Zu berücksichtigen ist bei dem gesamten Problem, daß in verschiedenen Briefen übersiedelnder Personen die Meinung vertreten wird, die Bundesrepublik setze sich nachdrücklicher für die Rückführung ihrer deutschen Staatsbürger ein. Ein Teil der Personen, die anfangs einen Antrag auf Einreise in die DDR stellten, haben sich inzwischen anders entschieden und ließen sich durch die Botschaft der Bundesrepublik repatriieren.“<sup>68</sup> Hier wird die Problembeschreibung zwar Dritten zugeschoben, aber so, dass das Problem deutlich als eigenes erkennbar ist. Dessen Lösung wird dann allerdings der Sowjetregierung zugewiesen.

Man wird alle diese Umstände nicht so werten dürfen, dass sie allein, vielleicht nicht einmal überwiegend die Ursache dafür waren, dass die DDR schon im Spätherbst 1955, aber dann besonders im Sommer 1956 spürbar mehr Engagement für die Remigration der Politemigranten aufwandte; tatsächlich hat es im Sommer 1956 einen Schub gegeben bei der Zustimmung zur Rückkehr von Politemigranten.<sup>69</sup> Da spielte ganz sicher der XX. Parteitag der KPdSU eine erhebliche Rolle, der den 1955 zögerlich begonnenen Rehabilitierungen der in der SU repressierten Politemigranten in der DDR Auftrieb gab; auch der durch die Auswirkungen des XX. Parteitags gewachsene Druck auf die SED-Führung durch Genossen, die auf die Rückkehr so lange zurückgehaltener Angehöriger drängten.

Auffallend ist, wie sich die Bereitschaft der SU entwickelte, Personen, insbesondere Politemigranten ausreisen zu lassen, die nach sowjetischer Auffassung Staatsbürger der SU geworden waren. Im November 1956 hatte das Präsidium des Obersten Sowjet zwar beschlossen, Politemigranten deutscher Herkunft aus sowjetischer Staatsangehörigkeit zu entlassen, sobald der Antrag auf Remigration eingegangen war. Die Praxis war allerdings, dass solche Anträge häufig abgelehnt oder liegengelassen wurden.<sup>70</sup> Nun sicherte

---

66 PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 83, Schreiben der Zentrale an die Botschaft vom 23.5.1955.

67 PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 163, Aktenvermerk über eine Besprechung mit Genossen Tulotzki vom 22.8.1958. Mindestens seit 1957 verstand die DDR unter dem Thema „Familienzusammenführung“ auch die Rückführung von Politemigranten. Das bedeutete auch eine weitergehende Zuständigkeit des MfAA, das für die Familienzusammenführung federführend war, während für die Politemigranten die Federführung beim ZK der SED lag; siehe „Vorschläge zur Realisierung der im Januar 1957 getroffenen Vereinbarungen zum Problem der Familienzusammenführung und Rückführung“, PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 74-77 (76).

68 PA AA Bestand MfAA C 520/76. Diesen Sachverhalt vermerkte auch die BRD-Botschaft, allerdings mit dem Zusatz, dass der Botschafter aus politischen Gründen angeordnet habe, solche Anträge nicht beschleunigt zu bearbeiten sondern abzuwarten, bis die Anträge [auf Einreise in die DDR] abgelehnt oder die Ausweise abgelaufen seien und erst dann die Bearbeitung aufzunehmen, PA AA AV 10682, Moskau Rk 505 Rückführung, Notiz für den Herrn Botschafter vom 14.5.1956.

69 BArch DY 30/J IV 2/3 A 522 und 527 AP Nr. 24 vom 1.8.1956.

70 Besprechungsvermerk, 17.1.1957, PA AA Bestand MfAA B 3435, Bl. 246/7. In späteren Besprechungen wurde der Fehlschlag des Beschleunigungsversuchs bekräftigt, siehe Aktenvermerk über eine Besprechung im Außenministerium der UdSSR, 3. Europ. Abt., vom 20.6.1957, ebd., Bl. 216.

im Januar 1958 der stellvertretende Außenminister Sorin DDR-Botschafter König zu, dass alle jene Personen die Genehmigung zur ständigen Ausreise aus der SU erhalten würden, die bis zum 22. Juni 1941 – dem Tag des Überfalls der Wehrmacht auf die SU – deutsche Staatsbürger waren und um deren Ausreise die entsprechenden Organe der DDR bitten.<sup>71</sup> Dieses gesprächsweise erteilte Zugeständnis entsprach, bezogen auf die Bundesrepublik, exakt der Forderung der Bundesregierung in den Verhandlungen mit der SU über den Abschluss eines Konsularvertrages. Eben wegen dieser Forderung mochte die Sowjetregierung monatelang dem Abschluss des Vertrages nicht zustimmen. Kaum drei Monate nach dem Sorin/König-Gespräch erfuhr Botschafter Lahr die – ebenfalls mündliche – Zustimmung der Sowjets zu der Forderung der Bundesrepublik, und im April 1958 wurde der Konsularvertrag parafiert.<sup>72</sup>

Solches Vorgehen der Sowjetregierung hatte offenbar Methode: als man sich intern entschloss, als Preis für das Zustandekommen diplomatischer Beziehungen zur BRD die zurückgehaltenen „Kriegsverbrecher“ freizugeben, waren auch zuvor mit der DDR Gespräche über die Art und Weise der Freigabe und über die davon Betroffenen geführt worden, damit diese sich nicht gegenüber der BRD zurückgesetzt fühlen musste.<sup>73</sup>

Schon bald nach Kriegsende waren einzelne Remigranten von der Sowjetzone aus den Weg in den Westen gegangen. Die „Westgänger“ mit dem größten publizistischen Echo waren wohl die Eheleute Hildegard und Theodor Plievier im Jahre 1947 und Wolfgang Leonhardt (und seine Mutter Susanne), der 1945 mit der Gruppe Ulbricht in die SBZ gekommen war und dort für die Partei tätig gewesen war; 1950 kam er auf dem Weg über Jugoslawien in die Bundesrepublik.

Theodor Plievier, Verfasser des mit sowjetischer Unterstützung verfassten dokumentarischen „Stalingrad“-Romans, war 1945 im Gefolge der Roten Armee nach Weimar gekommen. Um die Jahreswende 1947/48 nutzte er eine Lesereise in die Britische Zone, um im Westen zu bleiben; er mochte sich mit dem zunehmenden kommunistischen Dogmatismus Stalinscher Prägung nicht abfinden. Wolfgang Leonhardt hat seinen Weg in seinem Buch *Die Revolution entlässt ihre Kinder* dargestellt; er entwickelte nach seinem Bruch mit dem Stalinismus im Westen eine rege historisch-politische Tätigkeit bis ins hohe Alter. Fritz Löwenthal zog 1947 in den Westen. Ein paar Monate später gelang es im Sommer 1948 Anna Nysenbaum mit ihrer Tochter Renate durch Vermittlung des Roten Kreuzes, in ihre Ruhrgebiets-Heimat zurückzukehren. Der Witwe von Max Nysenbaum, kommunistischer jüdischer Emigrant aus dem Ruhrgebiet, der Ende 1937 in Prokopjewsk erschossen worden war, war durch intensives Bemühen und gute Beziehungen ihres Vaters zum Roten Kreuz und dank glücklicher Umstände eine Urlaubsreise bewilligt worden. Sie zog es vor, nicht nach Westsibirien zurückzukehren.

Ganz anders waren die Bedingungen, unter denen schon früh im Jahre 1946 Anna Ettore, aus Moskau kommend, in den Westen, nach München, ging. Sie wurde vom ZK der KPD als Funktionärin dorthin beordert. Als Frauenleiterin des KPD Bezirks Oberbayern trat sie in über 100 Versammlungen zur „Verbreitung der Wahrheit über die Sowjetunion“ auf. Dabei hatte sie all ihre leidvollen eigenen Erfahrungen aus ihrer sowjetischen Zeit – Parteiausschluss und Verurteilung zu fünf Jahren Gulag – zu verschweigen

---

71 PA AA Bestand MfAA C 520/76, Bl. 17-19, Auszug aus einem Aktenvermerk von Botschafter König über eine Unterredung mit dem Stellvert. Außenminister der UdSSR, Sorin, am 11.1.1958.

72 Dazu der Bericht in „Der Spiegel“ 16/1958, Moskau-Abkommen Treu und Glauben. Danach war Botschafter Lahr, dem ja das Gespräch Sorin/König nicht bekannt sein konnte, überrascht über die für ihn unerklärliche Meinungsänderung der Sowjetregierung.

73 Hans Reichelt: Die deutschen Kriegsheimkehrer, Anlagen S. 165/6, Schreiben Chrustschows an Ulbricht und Grotewohl vom 14.7.1955.

und zu verdrängen.<sup>74</sup> Nach ihrer Heirat mit einem NS-Verfolgten aus Bayern siedelte sie 1952 in die DDR über.

Ob das mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen begründete veränderte Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur SU die West-Übersiedlungen von Remigranten von Ende 1955 an beeinflusst hat, kann höchstens vermutet werden. Man kann darin durchaus auch die Fortsetzung individueller Entscheidungen sehen, die von den Entwicklungen westdeutscher Ostpolitik wenig berührt sind. Derartige Übersiedlungen gab es auch nach denen in der frühen Nachkriegszeit etliche: Die 1902 geborene Jeanette Wening kam mit dem Transport vom 18. Dezember 1955 aus der SU und ging in den Westen. Der Zeitpunkt, zu dem die schon im Frühjahr 1955 zurückgekehrte Klara Becker (Klara Barnitzki) zu ihrer Schwester nach West-Berlin ging, ist nicht bekannt; ebenso wenig der des West-Abgangs der im Juni 1955 zurückgekehrten Irene Weitemeyer (Weidemeyer?). Unklar sind die Daten bei Helene (Antonie?) T(h)ielemann, die direkt – und anscheinend zunächst ohne Kenntnis der SED – aus der SU kommend zu Geschwistern nach Bonn ging: Sie kam im September 1946 (oder 1956?).

Im Laufe der Jahre 1956/57 gingen dann noch mehrere Remigranten in den Westen: Im Mai Karl Haberstock/Willi Unsöld (\*1906), der 1931 als Wirtschaftsemigrant in die SU gegangen war, Agnes Schwabedahl (\*1891) und Gertrud Hippe (\*1901); im September 1956 waren Irma und Richard Nebel zurückgekommen, er Sowjetbürger, sie staatenlos, die allerdings erst 1961 gen Westen zogen. Ihnen folgten Meta (Minna?) Gasarch (\*1901), die im Mai 1957 zurückgekommen war, die im Februar 1957 zurückgekehrte Franziska Livent (\*1897) und schließlich die zuvor erwähnte Mathilde Dorzweiler (\*1915).<sup>75</sup>

Beim Versuch zu resümieren, kommt man zu der Feststellung, dass Adenauer kein belegbares Interesse an der Rückkehr von Politemigranten hatte und dass der unmittelbare Einfluss seiner Moskau-Mission auf die Rückkehr deutscher Politemigranten aus der SU recht gering war. Unübersehbar ist hingegen eine mittelbare Auswirkung: (Polit-) Emigranten, nicht zuletzt jüdische, kehrten mit den von der SU freigegebenen „Heimkehrern“ 1955 zurück. Die Tätigkeit der Botschaft der Bundesrepublik übte Druck auf die DDR-Organen – Botschaft Moskau, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und schließlich das ZK der SED – aus, die Rückführung heimkehrwilliger Politemigranten weniger schleppend zu bearbeiten. Andererseits veranlasste der Wunsch der SU, mit der Bundesregierung „ins Geschäft zu kommen“, sie zu bis dahin gegenüber der DDR nicht gezeigtem Entgegenkommen, das auch der Remigration zugutekam.

Unmittelbar und deutlich erkennbar war die Auswirkung der Adenauer-Mission auf die Repatriierung Zwangsangesiedelter, sonstiger Auslandsdeutscher und deutscher Staatsangehöriger. Von ihnen konnten nicht wenige schon im Zusammenhang mit der Rückführung der Kriegs- und Zivilgefangenen nach Deutschland zurückkehren.

---

74 Reinhard Müller: Verfolgt unter Hitler und Stalin, 2/2010.

75 Diese „Abgänge“ sind in der Regel in den von der SED geführten Remigranten-Listen verzeichnet.